

SCHWEIZER FREISINN

Aus den Kantonen Jungfreisinnige	2 5	Asylpolitik Interview	11 12/13	Unter Freisinnigen Volksinitiative	15 16/17	Delegiertenversammlung Abstimmungen	18/19 20/21/22
-------------------------------------	--------	--------------------------	-------------	---------------------------------------	-------------	----------------------------------------	-------------------

34. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der *FDP.Die Liberalen*

Inhalt

Fair Labour Association

Ob in China, Indien oder Amerika: Die Fair Labour Association (FLA) untersucht die Arbeitsbedingungen von mehreren Millionen Arbeitern rund um die Welt. Ihr Präsident, Auret van Heerden, nimmt im «Schweizer Freisinn» Stellung zur Rolle der FLA in der Weltpolitik und betrachtet die Rolle Chinas als Player in der Weltwirtschaft.

Seiten 12 und 13

Sozialen Aufstieg ermöglichen

Eine Chancengesellschaft Schweiz für alle – das ist das Ziel unseres Bundesrates Johann Schneider-Ammann. Um dies zu erreichen, will er die Zukunft der Schweiz optimistisch, vorausschauend, mit Tatkraft und weltoffenen anpacken. Auch für das neue Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung formuliert er seine klaren Ziele für eine Weiterentwicklung des Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandorts Schweiz.

Seiten 7 und 15

Abstimmungen vom 17. Juni

Am 17. Juni 2012 stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Vorlagen zu «Managed Care», «Staatsverträge vors Volk» und «Eigene vier Wände dank Bausparen» ab. Erfahren Sie in dieser Ausgabe die Argumente und Parolen der *FDP.Die Liberalen Schweiz*.

Seiten 20, 21 und 22

Das neue Präsidium der *FDP.Die Liberalen*

«Packen wir es an!»

An der Delegiertenversammlung vom 21. April bestimmte die *FDP.Die Liberalen* ihr neues Präsidium. Neben Präsident Philipp Müller wurden auch die Vizepräsidentinnen und -präsidenten Christian Lüscher, Isabelle Moret, Vincenzo Pedrazzini, Carla Speziali und Christian Wasserfallen gewählt. Das neue Führungsteam wird mit viel Elan, Motivation und Zuversicht unsere Partei führen. Im «Schweizer Freisinn» verrät Philipp Müller, warum er stolz auf die FDP ist und wie er uns für die Wählerschaft wieder attraktiver machen will.

Seiten 18 und 19



Das neue Parteipräsidium zusammen mit Fulvio Pelli und Martine Brunshwig Graf (Präsidentin Findungskommission).

Uri

Urner Wahlvolk vertraut *FDP.Die Liberalen Uri*

Petra Walker-Schuler,
Geschäftsführerin
FDP.Die Liberalen Uri

Die Ausgangslage für die Regierungs- und Landratswahlen war spannend. Von den bisherigen Regierungsräten traten gleich drei, darunter auch der Freisinnige Stefan Fryberg, nicht mehr zur Wahl an. Auch im kantonalen Parlament gab es einige Abgänge. Prognosen gestalteten sich dementsprechend schwierig. Doch bereits am ersten Wahlsonntag zeigte sich: Das Urner Wahlvolk bestätigt die bisherige Politik der effizientesten Partei – der *FDP.Die Liberalen Uri*.

Die FDP-Fraktion konnte im Landrat von 12 auf 15 Sitze zulegen. Sie



Finanzdirektor Josef Dittli erzielte im ersten Wahlgang das mit Abstand beste Resultat.



Barbara Bär wurde am 15. April glanzvoll in die Urner Regierung gewählt.

bildet somit gemeinsam mit der SVP die zweitstärkste Fraktion hinter der CVP. In der kommenden Legislatur stellen die Freisinnigen zudem die jüngste der vier Fraktionen im Urner Landrat. Das Image der grauen Eminenzen ist somit endgültig passé.

Bei den Regierungsratswahlen erzielte Finanzdirektor Josef Dittli mit 80,3 Prozent Stimmenanteil im ersten Wahlgang das mit Abstand beste Resultat. Er wird in den nächsten zwei Jahren ausserdem das Amt des Landammann innehaben.

Im zweiten Wahlgang erzielte Barbara Bär mit einem Wahlanteil von fast 50 Prozent ebenfalls das beste Resultat der verbliebenen vier Kandidaten.

Graubünden

Wahlerfolg für die Bündner FDP – Christian Rathgeb: FDP = Freude an der Politik

Silvio Zuccolini,
Pressechef
FDP.Die Liberalen Graubünden

Mit grosser Freude und Genugtuung konnte die *FDP.Die Liberalen Graubünden* die erfolgreiche Wahl von Christian Rathgeb zum neuen Regierungsrat zur Kenntnis nehmen. Er tritt die Nachfolge des in den Ständerat gewählten erfolgreichen Ex-Regierungsrates Martin Schmid an.

Die FDP hat somit ihr Wahlziel erreicht. Sie bleibt an der Regierungsarbeit mit bisheriger Parteienzusammensetzung beteiligt. Die Bündner FDP, wie auch Christian Rathgeb, der einen intensiven Wahlkampf zusammen mit seinem Wahlteam bestritten hat, wissen das Vertrauen und die Unterstützung durch die Bevölkerung zu schätzen.

Die FDP Graubünden betrachtet den Erfolg als Auftrag für die zukünftige Arbeit und auch für die Arbeit von



Wahlkampf-Aktion unter dem Titel «Schlag den Rathgeb» von Radio Grischa. Christian Rathgeb, links, Ursin Caderas, Sportchef Radio Grischa.

Christian Rathgeb, der seinem vor Jahren geprägten Leitsatz «FDP = Freude an der Politik» weiterhin nachleben

und die «Leidenschaft für Graubünden» mit Ausdauer und grossem Einsatz in die Bündner Regierung einbringen wird.

Sie wünscht ihm für die zukünftige Regierungstätigkeit viel Erfolg und Befriedigung.

Die Schuldenkrise beschleunigt die Verschiebung der Macht nach China

Wie reagiert das Reich der Mitte auf den kriselnden Westen? Eine Analyse direkt aus China.

Helen Freiermuth, Yantai/China,
Vorstandsmitglied
FDP International

Die Wirtschaftskrise in den USA, der drohende Bankrott von Griechenland und die beängstigende Schulden-situation weiterer EU-Staaten bleiben auch für China nicht ohne Folgen. Es geht dabei nicht um eine akute Bedrohung der Wirtschaft, sondern um Schadenbegrenzung. Für die Führung stehen drei Schwerpunkte im Vordergrund:

1. Schutz der immensen Dollar-Bestände: China sitzt auf unvorstellbaren 3187 Mrd. USD aus Handelsüberschüssen. Es ist also im ureigsten Interesse von China, mitzuhelfen, den Wert des Dollars nicht allzu tief sinken zu lassen.

2. Investitionen in den Krisenmärkten: China wird Europa unterstützen, allerdings nicht uneigennützig. Das Finanzministerium betont seine Verantwortung, chinesisches Kapital gewinnbringend anzulegen. Almosen sind nicht zu erwarten, aber staatliche und private Investoren werden sich vermehrt an europäischen Firmen und Infrastrukturprojekten beteiligen – Schnäppchenjagd ist angesagt.

3. Entwicklung von Ersatzmärkten: Um die Exportausfälle nach den USA und nach Europa zu kompensieren, entwickelt China gezielt die Märkte im ganzen asiatischen Raum und in Afrika, dies mit Konsequenzen, die der Westen noch gar nicht wirklich begriffen hat.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem der «China Daily» (englischsprachige Zeitung in China) nicht vom Besuch eines Staatsoberhauptes oder von Ministern aus der ganzen Welt berichtet, die in Beijing vorsprechen und sich gegenseitig die Klinke in die Hand geben. Sie alle erhoffen sich Hilfe bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Krise zu Hause (Punkt 2) oder versprechen sich Unterstützung beim Aufbau einer besseren Zukunft (Punkt 3).

Natürlich geht auch die Sorge um die eigene Wirtschaft um. Das Wachstum hat sich zwar verlangsamt, bewegt sich jedoch immer über acht Prozent. Die Regierung wird Mittel und Instrumente einsetzen, um den Binnenmarkt anzukurbeln – es sind immer noch einige hundert Millionen Konsumenten, an denen der bisherige Aufschwung vorbeigegangen ist. All diese Strategie-

gen werden dazu führen, dass China gestärkt aus der Krise hervorgehen wird und schneller als vorgesehen die Weltvorherrschaft übernehmen könnte.

Freihandelsabkommen Schweiz–China stärkt die Schweizer Exportwirtschaft

An Chinas Wirtschaft geht also kein Weg vorbei. Bereits ist China weltweit



Um das Wirtschaftswachstum in China weiterhin hoch zu halten, investiert die Regierung einiges.



Helen Freiermuth

der viertwichtigste Absatzmarkt für die Schweiz. Mehr als 300 Schweizer Firmen sind mit über 700 Niederlassungen in China vertreten. Diese und die gesamte Schweizer Exportwirtschaft werden enorm profitieren vom Freihandelsabkommen, das seit einem Jahr ausgehandelt wird.

Mitte Februar ging in Beijing die 4. Verhandlungsrunde über die Bühne. In zentralen Punkten wie der Reduktion von Zöllen, dem Urheberrechtsschutz (für China immer mehr ein Thema, seit Firmen hier selber Opfer von Urheberrechtsverletzungen werden...) und dem Abbau von technischen Handelshemmnissen seien gute Fortschritte erzielt worden. Wenn das Abkommen ratifiziert wird, ist die Schweiz das erste europäische Land, das von einem erleichterten Marktzugang zu China profitieren kann (Island und Norwegen führen zurzeit ebenfalls Verhandlungen).

Das unterstreicht auch einmal mehr die guten und engen Beziehungen zwischen der kleinen Schweiz und dem riesigen China, die darauf zurückgehen, dass die Schweiz 1950 als erstes Land das neue China anerkannt und diplomatische Beziehungen aufgenommen hat – das offizielle China vergisst nicht, und einmal Freund ist immer Freund.

Wahlen in das Präsidium der FDP des Kantons Bern

Beat Schlatter kandidiert als Kantonalpräsident des Kantons Bern

Hildegard Weber, Vizepräsidentin

Der Präsident der FDP Service Public, Beat Schlatter, kandidiert für das Amt des kantonalen Parteipräsidenten der FDP Bern.

Beat Schlatter ist seit dem Jahre 2006 im Vorstand der FDP Service Public; zuerst nahm er den Platz eines Beisitzers ein, von 2008 bis 2010 amtierte er als Vizepräsident, und seit 2010 ist er in unserer Vereinigung Präsident.

Beat Schlatter hat es verstanden, nach einigen Turbulenzen beim Service Public wieder Ruhe und Gelassenheit sowohl in die Geschäftsleitung wie auch in die ganze Vereinigung zu bringen.

Mit seiner Person an der Spitze gelang es der FDP Service Public, spannende, interessante und abwechslungsreiche Aktivitätsprogramme auf höchstem Niveau zu erreichen. Mit seinem Beziehungsnetz zu Spitzenvertretern aus Armee, Verwaltung und Wirtschaft schaffte er es, die Beteiligungen an den Anlässen stark nach oben zu schrauben.

Beat Schlatter übernahm während seiner Zeit in der Geschäftsleitung der FDP Service Public zusätzlich das Amt des Präsidenten der FDP Stadt Thun. Diese Doppelbelastung wirkte sich nicht – wie man erwarten könnte – negativ auf seine Tätigkeit als Präsident der FDP Service Public aus; im Gegenteil: Von seinem Beziehungsnetz und dem Verständnis für die kommunale Politik konnten beide Organisationen profitieren.

Beruflich ist Beat Schlatter in der Teilstreitkraft Heer des VBS für das Controlling und die Steuerung der Ausbildungsmunition mit einem Etat von 120 Mio. Franken verantwortlich.

Diese Funktion übernahm er nach 15 Jahren Tätigkeit als Berufsmilitär. In den letzten drei Jahren holte Beat Schlatter berufsbegleitend eine Ausbildung zum Executive Master in Business Administration nach.

Damit bringt er sämtliche beruflichen, politischen und führungstechnischen Voraussetzungen mit, um das Amt des kantonalen Parteipräsidenten erfolgreich übernehmen zu können.

Beat Schlatter steht zum liberalen Gedankengut; als Nährboden für Innovation und unternehmerisches Denken. Die Entwicklung des Kantons Bern steht für ihn sinnbildlich für eine zukunftsgerichtete und erfolgreiche Schweiz. Erfolgsfaktoren des Kantons Bern müssen tiefe Steuern und ein attraktiver Wirtschaftsstandort sein, ebenso wie ein gutes Bildungswesen und konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für die Forschung und Entwicklung.

Im Bereich der Führung der Partei setzt sich Beat Schlatter für folgende Punkte konkret ein:

■ **Themen und Inhalt:** Schaffung eines Think-Tank, welcher liberale Antworten auf aktuelle Themen findet und mit diesen, auch unter Einflussnahme auf die FDP Schweiz, schnell auf Aktualitäten reagieren kann. Die FDP des Kantons Bern muss wissen, wofür sie einsteht, und die Wählerinnen und Wähler müssen deren Profil wieder wahrnehmen

■ **Einheitlichkeit und Geschlossenheit:** Interne Diskussionen, in welche auch die Ortsparteien einzubeziehen sind, haben hart in der Sache, fair im Umgang und moderat im Ton geführt zu werden. Im Anschluss



Hildegard Weber

daran hat die Partei gegen aussen geschlossen aufzutreten.

■ **Klare und einfache Kommunikation:** Die FDP darf sich auch auf Themen mit Emotionen einlassen und diese einmal auch etwas plakativ im Stil kommunizieren.

Der Kommunikationsstil muss **kurz, klar und kompetent** sein. Das darf auch bedeuten, dass für ein Thema auch einmal keine Erklärung abgegeben wird.

Beat Schlatter ist eine Persönlichkeit, welche Brücken schlägt und für den die Einbindung der Jungen und der Frauen keine Worthülsen sind.

In seiner Freizeit ist Beat Schlatter ein begeisterter Koch und Weinliebhaber, liest sehr gerne Biografien, ist Mitglied des Swiss Venture Club und aktiv im Lions Club Thun.



Beat Schlatter, Präsident FDP.Die Liberalen Service Public

Vorschau

Der nächste Anlass der FDP Service Public findet am 9. Mai 2012 im Restaurant Landhaus in Bern-Liebeld um 18.30 Uhr statt. Der Referent, Thomas Daum (Direktor Arbeitgeberverband), wird zum Thema «Demografie aus Sicht des Arbeitgebers» referieren.

Anmeldungen richten Sie bitte an Stephanie Leuenberger, leuenberger@fdp.ch.

Die Buchpreisbindung

Ein (jung)freisinniger Erfolg auf der ganzen Linie!

Ein starres Preiskorsett für eine Branche im Wandel? Nein, meinte die Schweizer Stimmbevölkerung! Mit 56 Prozent Nein-Stimmen konnten wir einen vollen Erfolg feiern und haben eine richtungsweisende Abstimmung gewonnen. Danke an alle, die dies ermöglicht haben!

**Brenda Mäder, Präsidentin
Jungfreisinnige Schweiz**

Von langer Hand geplant ...

Bereits im Frühjahr 2009 erkannten die Jungfreisinnigen, dass sich mit der Einführung der Buchpreisbindung ein ordnungspolitischer Sündenfall durchschmuggeln wollte. Der Delegiertenrat entschied, im Falle einer Wiedereinführung der Buchpreisbindung alles daran zu setzen, diese Frage vors Volk zu bringen.

Als im März 2011 das Parlament tatsächlich eine Buchpreisbindung beschloss, musste die Allianz schnell geschmiedet werden. Mit der Piratenpartei, dem Konsumentenforum, JSVP, SVP, einigen grünliberalen Persönlichkeiten, der Ex Libris und nicht zuletzt der FDP brachten wir eine schlagkräftige Truppe zusammen. FDP und Jungfreisinn bildeten das Rückgrat der Organisation. Wir konnten nicht nur über 70 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei einreichen, sondern führten auch eine offensichtlich erfolgreiche Abstimmungskampagne.

... und mit den richtigen Argumenten in der Hand!

Die Argumente wurden nicht nur gut verkauft: Wir hatten schlicht die besseren Argumente! Schliesslich sollte die Buchpreisbindung ein Kartell wieder einführen. Bundesrat und Bundesgericht hatten die Preisabsprache klar als solches erkannt. Gemäss Befürwortern wäre diese Kartelllösung den Lesern zugute gekommen. Nur schon das ist paradox – oder kennen Sie ein Kartell, welches zu Gunsten der Konsumenten wirkt?

Alles in allem war es enorm wichtig, diese Abstimmung zu gewinnen.



Brenda Mäder bei der Einreichung des Referendums gegen die Wiedereinführung der Buchpreisbindung.

So wichtig das Buch als Kulturgut ist: Eine Preisabsprache kann keine Lösung sein. Die Einführung der Buchpreisbindung hätte Nachahmern Tür und Tor geöffnet. Wir kämen so langsam und schleichend weg vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit. Dabei ist gerade die Wirtschaftsfreiheit Basis für innovative Unternehmen und damit

ein wichtiger Motor für unser Land. Zu guter Letzt möchte ich mich bei all jenen Unterschriftensammlern, Organisatoren und Abstimmungskämpfern bedanken, die zu unserem Erfolg beigetragen haben. Es war viel Arbeit, eine intensive Debatte und ein spannender Abstimmungskampf. All dies hat sich mehr als gelohnt – Danke!

Didier Salavert: Ein fast jungfreisinniger Kandidat für die französische Nationalversammlung

Wie ist das – machen die Jungfreisinnigen jetzt auch noch in Frankreich Politik? Nein, natürlich werden wir uns auch in Zukunft um Schweizer Politik kümmern; Herausforderungen haben wir hier mehr als genug.

Dieses Jahr werden wir allerdings den französischen Wahlkampf etwas stärker mitbekommen: Frankreich wählt zum ersten Mal Vertretungen für Auslandfranzosen, wobei auch ein Mandat für den Wahlkreis Schweiz/Liechtenstein zu besetzen ist. Im Rahmen meines internationalen Engagements bin ich Didier Salavert (salavert2012.fr) begegnet.

Er ist Gründer der Partei «Alternative Libérale» und steht für tiefe Steuern, einen schlanken Staat und möchte der Tendenz, dass wir immer stärker eingeschränkt werden, Einhalt gebieten. Vielleicht ein Zufall, aber ein gutes Beispiel: Er hat sich in der Vergangenheit dafür starkgemacht, die Buchpreisbindung in Frankreich abzuschaffen. Bref: Sein Programm ist jenem der (Jung)freisinnigen sehr ähnlich. Daher möchte ich dieses – gerade für Frankreich – mutige Programm in diesem Rahmen bekannt machen. Vielleicht können wir so einige potenzielle Wähler von Didier Salavert auf diese klar liberale Alternative aufmerksam machen!

FDP.Die Liberalen Zug

Top60 – Nach knapp zwei Jahren mit über 150 Mitgliedern eine Erfolgsstory

Mitte 2010 wurde innerhalb der Kantonalpartei Zug die Sektion Top60 gegründet. Ziel ist die Umsetzung einer Alterspolitik, die sich an den liberalen Grundsätzen von Verantwortung und Selbstverantwortung orientiert und damit auch generationenübergreifend akzeptiert ist. Kurzbericht aus einer Sektion, die nach dem Gründungsschub mittlerweile pro Woche im Schnitt zwei Neumitglieder gewinnt.

Ulrich Bollmann

Neben dem politischen Ziel stand von Beginn weg auch eine Arbeitsmethode im Zentrum: Wir wollten nicht das 1001. Altersleitbild schaffen, sondern uns auf wenige Themen konzentrieren – mit einem Mix von Veranstaltungen und Projekten. Gestartet wurde – es war im Vorfeld der kantonalen Wahlen – mit der Aktion «Wie wähle ich gültig» in drei Gemeinden.

Betreutes Wohnen als Langfristprojekt

Dabei geht es darum, Mietwohnungen für Ältere zu erstellen, die dort bis zum Lebensende ein Wohnrecht haben und je nach Bedarf Spitex-ähnliche Dienstleistungen abrufen können. Dadurch wird Wohnraum für Jüngere frei. Der Kantonsrat stimmte einer in diesem Zusammenhang eingereichten FDP-

Motion «Betreutes Wohnen für den Mittelstand in Zug» zu. Top60 hat zusammen mit der Senevita, einer Betreiberin solcher Institutionen, ein konkretes Projekt entwickelt. Es zeigt sich, dass sich solche Modelle sehr wohl privatwirtschaftlich finanzieren lassen – ein Beispiel, dass Alterspolitik nicht immer nur den Fiskus belastende Subventionspolitik sein muss.

Attraktiver Anlassmix von EXIT bis persönliche Sicherheit und elektronische Medien

Bereits dem ersten Anlass mit EXIT war mit 100 Gästen ein Grosse Erfolg beschieden. 50 Interessierte liessen sich von alt Ständerat Rolf Schweiger in das Güter- und Erbrecht einweihen. Wiederum rund 100 Interessierte folgten einem mit CVP und FDP vor den Nationalratswahlen organisierten Anlass mit dem BP-Chef-Ökonomen zum

Thema «Energy Outlook 2030». Für 2012 ist ein Anlass mit der Zuger Polizei zum Thema «Persönliche Sicherheit» mit Demonstrationen vorbereitet. Eine ähnlich strukturierte Veranstaltung zum Thema «Digital TV, HDTV, Pay per view und Ähnliches» ist mit den Wasserwerken Zug geplant. Zwei Veranstaltungen mit der Zuger Kantonalbank gelten Finanzfragen. Gegen Ende Jahr sind die Mitglieder jeweils unter dem Label «Top60 goes Culture» zu einer Konzertveranstaltung mit Probenbesuch und Werkeinführung eingeladen. Die Formel: Alle zahlen den vollen Ticketpreis, wir kaufen mit Rabatt ein, und die Differenz wird in den geselligen Apéro «investiert».

Woher Erfolg und Resonanz?

1. Wir sind konsequent liberal.
2. Wir konzentrieren uns auf wenige Themen, bearbeiten diese aber stets

mit spezialisierten Partnern. So lassen sich auch viele Finanzfragen lösen.

3. Wir haben einen klar strukturierten Vorstand mit Verbindungen in verschiedenste Bereiche ohne passive Beisitzer, verschweigen aber nicht, dass wir ein Privileg nutzen, nämlich die relativ hohe Zeitautonomie aller Vorstandsmitglieder.
4. Wir arbeiten seriös, haben es aber immer auch lustig. Etwas speziell ist, dass unsere Sekretärin während eines Drittels im Jahr in Florida weilt – mit den modernen Kommunikationsmitteln kein Problem.

Kontakt

Ulrich Bollmann
Kommunikation Top60
bollmann@bluewin.ch
info@fdp-top60.ch
www.fdp-top60.ch

Erfolgsaktion «Autofahren im Alter – Ja, aber sicher!»

Die Aktion in Zusammenarbeit mit vier Markengaragen und einer Fahrschule wurde Ende 2011 gestartet. Im Rahmen eines Theoriemoduls mit je 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmern orientierten ein Fahrlehrer, ein Arzt und ein Autoexperte über Verkehrsregeln, medizinische Fragen und Fahrassistenzsysteme. Danach folgte eine individuelle Fahrstunde mit einem Fahrlehrer. Kosten für Mitglieder und Garagenkunden: 60 Franken, für Dritte 200 Franken. Der Aktion war mit 150 Anmeldungen ein voller Erfolg beschieden, und sie hat uns Mitglieder gebracht, die vorher mit Parteipolitik nicht viel am Hut hatten.



Hans Wickart, Gründungspräsident der Sektion Top60, anlässlich der Einführung bei einem Theoriemodul der Aktion «Autofahren im Alter? – Ja, aber sicher».

Bildung, Forschung und Innovation sind zentraler denn je!

Für die Zukunft unseres Landes haben Bildung, Forschung und Innovation höchste strategische Bedeutung. Denn das Wissen und Können der Menschen ist unser einziger Rohstoff. Der BFI-Bereich ist für die gesellschaftliche und soziale Entwicklung und den wirtschaftlichen Wohlstand der Schweiz zentral. Zu Recht hat er in den vergangenen Jahren ein immer grösseres Gewicht im Bundesfinanzhaushalt und im privaten Engagement erhalten. Der Bund setzt mittlerweile gut 10 Prozent seiner Mittel für die Förderung des Politikbereichs Bildung, Forschung und Innovation ein.

Der BFI-Bereich soll auch in der Periode 2013–2016 gegenüber anderen Politikbereichen überdurchschnittlich wachsen. Die geplanten BFI-Investitionen des Bundes belaufen sich im Zeitraum 2013–2016 auf rund 26 Mrd. Franken. Dies entspricht einem nominalen Wachstum der Fördermittel von 3,7 Prozent pro Jahr. Gemäss Finanzplan sollen es in den ersten beiden Jahren etwas weniger, in den nachfolgenden zwei Jahren hingegen etwas mehr sein. Eine Glättung zur Verhinderung jeglicher Stop-and-go-Politik gelang innerhalb der Schuldenbremse nicht, und alle anderen politischen Fachbereiche wollen nicht zurückgestuft werden. Bildung und Forschung brauchen eine verlässliche Finanzierung. Die einmal lancierten Forschungsprojekte dauern mehr als ein Jahr, und auch die eingeschriebenen Berufslernenden und Studierenden wollen und sollen ihren mehrjährigen



Unser Bundesrat Johann Schneider-Ammann will eine leistungsfähige Schweizer Bildung, Forschung und Innovation.

Bildungspfad wie geplant zu Ende führen können. Mit Geld allein können wir aber unsere gute Ausgangslage als eines der innovativsten Länder der Welt nicht beibehalten. Es braucht die

Motivation, Begeisterung und Leistungsbereitschaft aller Schüler und Studentinnen, Lehrer und Professorinnen, Forscher und Erfinderinnen. Und es braucht eine von Bund und Kantonen gemeinsam getragene Strategie für eine zukunftsweisende, auf hohe Qualität abzielende Weiterentwicklung des Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandorts Schweiz.

Ab 2013 wird der BFI-Bereich in meinem Departement zusammengeführt. Das EVD erhält entsprechend auch einen neuen Namen: WBF (Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung). Ich werde alles daransetzen, den BFI-Bereich weiter zu stärken. Denn wir stehen vor grossen Herausforderungen, sei es bezüglich der Demografie, des Klima-Umwelt-Energie-Bereichs oder der schleichenden Deindustrialisierung der Schweiz. Die demografische Entwicklung der Schweiz zwingt uns zur Entwicklung

von neuen Ideen, um die verfügbare Arbeitskraft der Schweizer Erwerbsbevölkerung gezielter zu nutzen. Die Schweiz ist aufgerufen, durch Forschung und Innovation Lösungen im Energie- und Umweltbereich zu entwickeln. Mehr Effizienz und die Erschliessung neuer Ressourcen sind gefordert. Der Standortentscheid von (Industrie-)Unternehmen ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig: Neben finanziellen Faktoren wie Steuern und liberalem Arbeitsmarkt spielen hier aber die Verfügbarkeit von Fachkräften und die Leistungsfähigkeit des Bildungs-, Forschungs- und Innovationssystems eine ganz zentrale Rolle.

Kurzum: Für alle drei genannten grossen Herausforderungen sind Bildung, Forschung und Innovation DIE Schlüsselbereiche für den zukünftigen Erfolg. Sie sind zentraler denn je. Darum engagiere ich mich mit Überzeugung für diese Zukunftsinvestitionen.

Die BFI-Botschaft 2013–2016 formuliert die Leitlinien und Massnahmen unserer Politik:

Bildung: «Deckung des Bedarfs an allgemein gebildeten und berufsbezogen qualifizierten Personen.»

Forschungs- und Innovationsförderung: «Konsolidierung der kompetitiven Förderung auf hohem Niveau und weitere Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.»

Übergreifende Aspekte: «Ausgestaltung der Schweiz als Denk- und Werkplatz, der den Prinzipien der Chancengleichheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit verpflichtet ist.»



Bildung ist der einzige Rohstoff der Schweiz – nutzen wir ihn!

Präventionsgesetz

Prävention ja, aber wie?

Braucht es ein Präventionsgesetz? Mit dieser Frage muss sich erneut der Ständerat beschäftigen. Im Streitgespräch legen Nationalrat Ignazio Cassis (FDP/TI) und Hans-Ulrich Bigler (Direktor Schweizerischer Gewerbeverband) ihre Positionen dar.

Herr Cassis, was will das Präventionsgesetz überhaupt?

Cassis: Das Präventionsgesetz will Ordnung im heutigen Chaos der Prävention schaffen.

Das klingt doch sehr vernünftig. Warum stören Sie sich so an einem Organisationsgesetz, Herr Bigler?

Bigler: Das ist eine absolute Augenschere. Es schafft mehr Bürokratie. Man vermischt Prävention und Sozialpolitik ganz gefährlich. Der Text besagt, dass man zur Reduktion gesundheitlicher Ungleichheiten beitragen will. Das lässt alles offen.

Cassis: Prävention ist ja Sozialpolitik, gehört zur Sozialpolitik.

Bigler: Genau da liegt ja die Gefahr. Zum Beispiel der Begriff Krankheit. Er wird neu definiert und ausgeweitet. Damit überlassen Sie der Verwaltung, dem Bundesamt für Gesundheit, einen viel grösseren Spielraum für ihre Kampagnenarbeit.

Cassis: Das Problem der Definition von Krankheit ist ein theoretisches. Das wurde lange in der Kommission diskutiert. Das ist gar nicht so wichtig.

Wichtig ist, dass wir klare Zuständigkeiten und eine klare Aufgabenteilung haben. Das reduziert die Bürokratie. Heute haben wir ein Kässeli-Denken: Ein Tabak-Präventionsfonds-Kässeli, ein Stiftung-Gesundheitsförderung-Kässeli, ein Präventionsprogramme-Kässeli.

Bigler: Wenn Sie den Begriff Krankheit erweitern, das heisst eine medizinische Untersuchung oder Be-

gesetz fixiert das Parlament diesen Betrag auf maximal 0,1 Prozent der durchschnittlichen Jahresprämie pro Kopf und pro Jahr (neuer Abs. 2 von Art. 20). Dieses Geld wird neu wirksamer sein. Denn der Bundesrat legt, zusammen mit Kantonen und Dritten, alle acht Jahre strategische Ziele fest.

Können wir auf die Autonomie der Kantone noch kurz eingehen?

Cassis: «Wir wollen weniger Bürokratie statt der heutigen Kässeli-Methode in der Prävention.»

handlung nicht mehr nötig ist und nicht zwingend eine Arbeitsunfähigkeit erfolgt, öffnen Sie einen neuen Anwendungsbereich. Wenn Sie sagen, dass man bei der Finanzierung Ordnung schaffen will, dann muss man gleichzeitig auch erwähnen, dass Sie bei den KVG-Prämien eine Erhöhung von 0,1 Prozent vorsehen. Also, die ganze Geschichte wird teurer. Es stimmt nicht, wenn man sagt, man will nur neu organisieren. Man will mehr Mittel.

Und die viel beschworene Kostenneutralität?

Cassis: Die Linken wollen sicher mehr Mittel, genau wie in jeder Sozialversicherung. Die heutige Vorlage ist aber absolut kostenneutral: Fr. 2.40

Bigler: Das Präventionsgesetz bringt eine Zentralisierung. Der Föderalismus wird vernachlässigt. Was bedenklich ist: Prävention im Kreis 4 in Zürich hat nicht die gleiche Ausprägung wie z.B. Prävention im Goms. Das sind ganz andere Verhältnisse. Und andererseits ist das natürlich schöner Staatsglaube, den Sie da predigen, Herr Cassis. Das Bundesamt für Gesundheit hat das Personal in den letzten zehn Jahren um 50 Prozent erhöht. Der Personalaufwand ist in der gleichen Zeit um 70 Prozent gestiegen.

Cassis: Aber Herr Bigler, das ist eben ohne das Gesetz passiert. Das Gesetz bringt neu Ordnung und weniger Willkür. Wir werden klare Zielsetzungen haben!

Bigler: Das glaube ich nicht, das

Bigler: «Das Präventionsgesetz wird mit Sicherheit für zusätzlichen Aktivismus im BAG sorgen.»

pro Person und Jahr, weniger als eine Tasse Kaffee!

Bigler: Aber es wird teurer. Es ist eine Prämienhöhung.

Cassis: Nein, da täuschen Sie sich! Heute kann Bundesrat Berset in eigener Regie diese Fr. 2.40 erhöhen. Nach Belieben. Mit dem neuen Präventions-

BAG wird das neue Gesetz mit Sicherheit für zusätzlichen Aktivismus zu nutzen wissen. Ich nehme nur das Beispiel Salze. Durch das Präventionsgesetz muss der Bäckermeister weniger Salz verwenden, was bedeutet, dass er all seine Brote nach anderen Rezepturen fertigen muss, weil sie sonst kei-

nen guten Geschmack mehr haben. Und damit eben auch nicht mehr verkauft werden.

Viele Liberale haben Mühe mit einem solchen Gesetz. Was kann man denen entgegnen?

Cassis: Dass das, was Herr Bigler jetzt gesagt hat, mit dem Präventionsgesetz gar nichts zu tun hat. Das ist nämlich anderswo geregelt, im Lebensmittelgesetz.

Bigler: Doch, dort beginnt es. Sie machen die Gesundheitsfolgeabschätzungen und sagen, welches Element, z. B. das Salz, falsch eingeschätzt wird.

Cassis: Health Impact Assessment, also die Gesundheitsfolgeabschätzung, heisst nichts anderes, als dass wir uns in der Politik die Frage stellen, welche Auswirkungen politische Entschiede im Transportwesen, Wohnwesen usw. auf die Gesundheit der Menschen haben. Das machen wir ja schon für die Umwelt. Das hat mit dem Salz und den Bäckermeister nichts zu tun.

Das Präventionsgesetz

Der Ständerat will nicht, dass die Massnahmen zur Krankheitsvorsorge und Gesundheitsförderung stärker gesteuert und koordiniert werden. Er hat es mit 19 zu 20 Stimmen abgelehnt, auf ein solches einzutreten. Der Nationalrat beharrt hingegen auf der Vorlage und hat am 8. März mit 106 zu 79 Stimmen erneut beschlossen, auf die Vorlage einzutreten. Das Gesetz geht jetzt zurück an den Ständerat. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-S) beantragt ihrem Rat noch einmal, auf das Präventionsgesetz einzutreten und ohne grössere Änderungen zuzustimmen.

Die Position der FDP

Die Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen hat im Januar 2010 die Unterstützung des neuen Präventionsgesetzes entschieden. Das neue Bundesgesetz zur Prävention und Gesundheitsförderung verbessert die Steuerung, die Koordination und die Effizienz der verschiedenen Präventionsmassnahmen. Es braucht ein neues Organisationsgesetz unter Wahrung der Kostenneutralität. Aus liberaler Sicht braucht es eine Optimierung der staatlichen Bemühungen im Bereich der Prävention.



Hans-Ulrich Bigler (links) und Ignazio Cassis im Gespräch über das Präventionsgesetz.

Ich möchte aber noch auf den Föderalismus zurückkommen. Dieses Gesetz schafft den Föderalismus nicht ab! Es gibt aber dem Bund die Möglichkeit, eine kohärente Strategie zu definieren, die Aufgaben sinnvoll und klar aufzuteilen und die Mittel ordnungs-

Da steht Aussage gegen Aussage. Vielleicht hilft ja der Blick ins Ausland. Was hat man da für Erfahrungen gemacht?

Cassis: In den OECD-Ländern misst man die Präventionsgelder an den Gesundheitsausgaben. In der

Cassis: «Wir müssen uns überlegen, welche Auswirkungen politische Entscheide auf die Gesundheit der Menschen haben.»

mässig zu platzieren. Die Kantone sind klar dafür.

Staatsgelder effizient einzusetzen ist ein urliberales Anliegen.

Bigler: Das ist ein Grundlagenirrtum. Sie werden nicht mehr Ordnung schaffen. Wir haben heute 1,5 Mrd. Franken in der Prävention. Sie verschaffen dem Staat mehr Macht. Im Prinzip geben Sie dem Bund mehr Kompetenzen. Mehr Staat ist nicht liberal. Hier gilt unser an der letzten DV verabschiedetes Prinzip, im Zweifel für die Freiheit.

Schweiz sind wir gemäss OECD etwas unterdurchschnittlich: auf 2,2 Prozent. Der Durchschnitt liegt bei 2,7 Prozent. Gemäss WHO- und OECD-Bericht dürfte es sich die Schweiz schon noch leisten, etwas mehr auszugeben. Das ist für mich aber nicht die Priorität: Ich will einfach die heutige Gelder besser ausgeben.

Brechen wir es auf die Lebensrealität der Bevölkerung herunter. Es gibt doch auch positive Beispiele wie Karies-Programme in Schulen oder bei Brustkrebs?

Bigler: Je fallspezifischer die Prävention erfolgt, desto besser wirkt sie. Sie haben ja jetzt genau gute Beispiele genannt, die eben funktionieren. Deshalb hat es funktioniert? Weil der finanzielle Anreiz beim Konsumenten liegt. Weil wir alle unsere Zahnschäden selber bezahlen müssen. Es schafft neue Konfliktfelder, dass man die sozialpolitische und die krankheitspolitische Geschichte vermischen will. Das ist für die Wirtschaft grundsätzlich ein No-Go.

Cassis: Die Wirtschaft ist gar nicht einhellig dieser Meinung. Economie-

tens: die Ausweitung des Begriffs Krankheit. Der dritte Punkt ist die Gesundheitsfolgenabschätzung. Und viertens, dass es letztlich teurer wird. Über den Prozentsatz können wir uns ja noch streiten. Aber es ist klar, dass es teurer wird. Diese vier Punkte sind ein No-Go.

Cassis: Präventionspolitik ist ja Sozialpolitik: Das gehört zusammen. Zweitens: Der Krankheitsbegriff ändert sich in meinen Augen mit diesem Gesetz überhaupt nicht. Drittens: Gesundheitsfolgenabschätzungen sind ein modernes Instrument, um Krankheitskos-

Bigler: «Prävention wirkt dann effektiv, wenn sie fallspezifisch ist.»

suisse, die Gruppe Handel und Industrie unterstützen das Gesetz.

Bigler: Lassen Sie mich das noch einmal klar auflisten. Es gibt vier Punkte, die wir kritisieren. Und die sind in der Fahne heute drin. Erstens: die Gleichschaltung von Sozialpolitik und Präventionsmassnahmen. Zwei-

ten zu vermeiden und werden in einigen Kantonen schon verwendet (beispielsweise Tessin, Genf, Jura). Und viertens ist dieses kostenneutrale Organisationsgesetz das Mittel, Staatsgelder effizienter einzusetzen. Das ist ein urliberales Anliegen!

Wettbewerbsgewinner im Bundeshaus

Im Rahmen des Wahlkampfes lancierte die FDP 2011 einen Wettbewerb «Aus Liebe zur Schweiz». Die Gewinner des Wettbewerbes genossen einen unvergesslichen Anlass mit einer Führung durch das Bundeshaus sowie einem Mittagessen mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Leider musste Bundesrat Didier Burkhalter das Essen kurzfristig verschieben, da er an der Trauerfeier für die verunglückten Kinder im Wallis teilnahm.



Die Wettbewerbsgewinner J. Bühlmann, M. Jacomet, Herr Allemann, K. Allemann, BR Schneider-Ammann, R. Eisenegger, A. Ehrsam und Ch. Wasserfallen.



V.r.: Leiter der Bundeshausführung, C. Marti-Henry mit Begleitung, C. Bonnet, R. Farinelli, Herr Bonnet, M. Péter-Contesse.



In der Wandelhalle.



Die Gewinner betrachten die Kuppel des Bundeshauses.

Ein liberales Manifest

NICHT GEBOREN, irgendwas blauäugig zu glauben, die Chancen des Lebens zu verschlafen, mittelmässig und gleichgeschaltet zu sein, Herausforderungen aus dem Weg zu gehen, mit dem Schaden und der Qual zu spekulieren, egoistisch den Ellbogen auszufahren, krankhaft Missgunst zu kultivieren, Eigenart und Widerrede im Keime zu ersticken, Autoritäten unkritisch zu begegnen, nach Leitviechern zu rufen, staatsgläubig die Hände in den Schoss zu legen, sich als unmündig erklären zu lassen, nur als Steuerzahler interessant zu sein, auf die Probleme der Welt zu pfeifen, sich von Verrohten und Frechen überfahren zu lassen, Pessimisten an

den Lippen zu hängen, jedem globalen Unsinn aufzusitzen, sich den Fortschritt vermiesen zu lassen, sich in einem nationalen Lauf- rad zu drehen, sich die Würde absprechen zu lassen, nach Freiheit fragen zu müssen.

GEBOREN, durch Studium, Forschung und Erfahrung zu wissen, sich mit kräftigem Rückgrat für die Gemeinde und die Gemeinschaft zu engagieren, gleichberechtigt Verantwortung zu übernehmen, das Grosse im Kleinen real zu formen, Anstand ins Jetzt und in die Nachwelt zu spiegeln, solidarisch mit Gleichgesinnten nutzbringend an einem Strick zu ziehen, sich über die verdienten Erfolge anderer zu freuen, sich an der Vielfalt

zu berauschen, stets eine Stimme zu haben, als Wesen ohne Scheuklappen zu experimentieren, selbstständig und selbstermächtigt zu sein, jeden Freiraum zur Eigeninitiative zu nutzen, die Natur für künftige Generationen zu schützen, sich in jedem Fall um die Folgen der Gewalt zu sorgen, zum Vorteil vieler zu lenken, als toleranter, stolzer Weltenwanderer zu atmen, Freiheiten aus eigenem Willen einzuschränken, jede mögliche Regulierung auf ihre Wirkung und Konsequenzen zu hinterfragen, direkt und unmissverständlich die Weichen zu stellen, Freiheit zu schätzen und zu bewahren.

Daniel C. Rohr, Bern

Asylpolitik

Dreissig Jahre Suchen nach rechtsstaatlicher Effizienz

Kurt Fluri, Nationalrat, SO

Die Anzahl der Asylgesuche explodiert einmal mehr. Diesmal sind es junge Männer aus Nordafrika, die das Asylland Schweiz überfordern. Doch die traurige Konstanz ist, dass das Asylwesen schon seit 30 Jahren nicht befriedigend funktioniert. Das erste Asylgesetz der Schweiz trat 1981 in Kraft. Bereits kurze Zeit später wurde klar, dass im Asylwesen noch viele Missstände auszuräumen sind. Die zentralen Kritikpunkte waren bereits damals die lange Verfahrensdauer von durchschnittlich drei Jahren und die ineffiziente Bewältigung der vielen chancenlosen Asylgesuche von Wohlstandsflüchtlings, die nicht an Leib und Leben bedroht waren.

Heute befindet sich das Asylgesetz bereits in der 10. Revision. Mit dem Bericht des Bundesrates über Beschleunigungsmassnahmen im Asylbereich wurde einmal mehr klar, dass Asylverfahren durchschnittlich drei Jahre bis zum erstinstanzlichen Entscheid dauern. Nach einer derart langen Verfahrensdauer ist es äusserst schwierig, die Asylsuchenden mit negativem Entscheid auch wirklich wegzuweisen.

Nach zehn Revisionen des Asylgesetzes sollte aber klar sein, dass das ewige Herumschrauben an Gesetzen nichts bringt. Gefordert sind organisatorische und logistische Massnahmen sowie hervorragend ausgebildetes Personal im Bundesamt für Migration (BFM). Doch das BFM schlägt sich immer mit denselben Verfahrensfragen herum, ohne die grundsätzlichen Probleme anzugehen.

Um die dringlichsten Probleme im Asylbereich zu lösen, führte die FDP vor einem Jahr eine Machbarkeitsstudie durch. Diese zeigte auf, dass ein Grossteil der Probleme im Asylwesen rasch durch organisatorische Massnahmen behoben werden könnte. Die FDP-Liberale Fraktion reichte



Nationalrat Kurt Fluri, Solothurn

daraufhin 17 Vorstösse ein und packte damit die grössten Probleme im Asylwesen an.

Asylchaos beheben durch bessere Strukturen und Verfahren

Eines von diesen Problemen ist die richtige Prioritäten- und Fristensetzung. Wir fordern, dass bei der Abarbeitung des Berges von Asylgesuchen nicht mehr mit den alten Anträgen begonnen wird. Denn je länger eine Per-

son schon da ist, desto schwieriger gestaltet sich die Wegweisung.

Beispielsweise hat das BFM eine Verbesserung der Situation in Sri Lanka festgestellt und veranlasst Rückerschaffungen. Viele Flüchtlinge aus Sri Lanka sind wohlhabend und werden dort deswegen verfolgt. In Sri Lanka besitzen sie ein schönes Haus, in der Schweiz wohnen sie mit ihrer ganzen Familie in einer kleinen Wohnung. Hier sind sie bekannt als zuverlässige, fleissige Arbeitskräfte im Niedriglohnssektor. Durch den Wegweisungsentscheid dürfen diese Personen nicht mehr arbeiten. Sie stellen ein Wiedererwägungsgesuch und leben von Sozialhilfe. Wenn sie nach ein paar Jahren doch in der Schweiz bleiben dürfen, waren sie lange arbeitslos und in der Sozialschiene gefangen, sie sind kaum wieder integrierbar.

Deshalb muss die erste Priorität auf Wohlstandsflüchtlinge und Dublin-Fälle gelegt werden, die aktuell insbesondere aus Ländern wie Tunesien kommen. Bei Dublin-Fällen kann mit Eurodac (europäische Datenbank zur

Speicherung von Fingerabdrücken) innert 2 bis 3 Tagen festgestellt werden, ob ein Asylbewerber in einem anderen Mitgliedstaat bereits Asyl beantragt hat oder wegen illegaler Einreise dort bereits aufgegriffen wurde.

Zweite Priorität haben Fälle, denen mit grösster Wahrscheinlichkeit kein Asyl gewährt wird, da die Schutzquote niedrig ist. Die FDP fordert, dass alle diese Fälle nicht mehr auf die Kantone verteilt werden, sondern in Bundeszentren untergebracht werden. Die Statistik beweist: Die Beschwerdequote bei Nichteintretensentscheiden, die in einem Empfangs- und Verfahrenszentrum gefällt wurden, liegt bei 14 Prozent – jene nach der Kantonzuweisung viel höher, das heisst bei 86 Prozent.

Die wichtigste Aufgabe ist und bleibt jedoch, Rücknahmeabkommen abzuschliessen. Denn wenn Staaten ihre Bürger nicht zurücknehmen, kann auch niemand wegweisen werden. Wir freuen uns, dass unser Bundesrat Didier Burkhalter dieses Anliegen teilt und die Aussenpolitik verstärkt mit der Migrationspolitik verbinden wird.



Fingerabdrücke liefern mit Eurodac innert 2 bis 3 Tagen Klarheit über Dublin-Fälle.

Fair Labour Association (FLA)

Eine Deindustrialisierung darf nicht stattfinden!

Auret van Heerden, Präsident der Fair Labour Association (FLA), überprüft weltweit die Bedingungen für Millionen von Arbeitern. Aufsehen erregte sein Kontrollbericht über chinesische Fabriken, die Apples iPhones und iPads herstellen.

Herr van Heerden, die FLA überprüfte 2010 über 4700 Betriebe von Telefonherstellern bis zur Landwirtschaft. Sie untersuchten die Arbeitsbedingungen von 4,5 Millionen Arbeitern. Wie sieht eine typische Inspektion aus?

Nehmen wir die chinesischen Fabriken, in denen Apple fabrizieren lässt. Das war unsere grösste Untersuchung.

«In China ist der hohe Personalwechsel ein enormes Problem, denn er zerstört Produktivität.»

Während 3000 Arbeitsstunden befragten 30 Mitarbeiter der FLA über 35 000 Arbeiter in drei Fabriken, von denen jede zirka 70 000 Arbeiter beschäftigt. Grösstes Problem war die Arbeitszeit. In Spitzenzeiten wird wöchentlich über 60 Stunden gearbeitet. Das verstösst nicht nur gegen den FLA-Kodex, sondern auch gegen Chinas Arbeitsgesetz mit 49 Arbeitsstunden pro Woche.

Vollziehen Sie auch unangekündigte Inspektionen?

2012 haben wir unsere Strategie geändert. Wir fordern von den Firmen viel mehr vorbereitende Berichte. So erhalten wir viel mehr Informationen und stossen in Interviews rasch auf Unstimmigkeiten. Das ist wirksamer als unangekündigte Besuche, die wir aber in Einzelfällen weiter machen.

Wie reagieren Sie bei Verstössen?

Erstens weisen wir die betroffenen Firmen auf Missstände hin. Bei Apples Zulieferer Foxconn beschloss der Eigentümer in der Folge eine Reduktion der Arbeitszeit um 20 Prozent bei gleichem Lohn. Hätte er auch den Lohn gesenkt, hätte er gute Mitarbeiter verloren. In China ist der hohe Perso-

nalwechsel ein enormes Problem, denn er zerstört die Produktivität. Foxconn's Strategie ist, die Arbeitnehmer mit guten Arbeitsbedingungen an sich zu binden und produktiver zu werden. Das setzt die Konkurrenz unter Druck und wird sich auszahlen.

Zweitens machen wir Druck auf die internationalen Auftraggeber der Zulieferer. Das sind unsere Mitglieder

wie Apple oder Adidas. Sie haben sich verpflichtet, dass ihre Zulieferer unseren Kodex erfüllen. Konsumenten und NGOs machen unsere Mitglieder für Missstände bei ihren Zulieferern verantwortlich. Bei schweren Missständen kann das die Verkaufszahlen massiv treffen. Verbessern sich die Zulieferer nicht, müssen und wollen sich unsere Mitglieder von ihnen trennen.

Die Arbeitsbedingungen Chinas stehen im Scheinwerferlicht. Wie sieht die Lage aus?

Die Arbeitsbedingungen im Export sind klar besser. Da herrscht ein Mangel an gut qualifizierten Mitarbeitern. Generell kann sich die Regierung aber immer weniger unzufriedene Arbeitnehmer und Arbeitskonflikte leisten.

«Gute Infrastruktur und ein liberaler Arbeitsmarkt sind zentral, damit hier tätige Firmen im globalen Wettbewerb bestehen können.»

Entsprechend werden die Arbeitsbedingungen vom Staat aktiv verbessert. Diese Entwicklung wird sich künftig beschleunigen: In vielen Regionen

gibt die Regierung Unternehmen drei Möglichkeiten: Verbessert eure Produktivität und Arbeitsbedingungen, damit ihr höherwertige Güter herstellen könnt, oder schliesst die Fabrik oder zieht in Billigländer. Einige Firmen werden wegziehen, der Grossteil wird sich zu verbessern versuchen und damit wettbewerbsfähiger.

Sie arbeiten seit zwei Jahrzehnten in China. Das Land bestellt dieses Jahr die neue Regierung. Geht es in Richtung mehr Demokratie?

Die letzten Jahre waren interessant: So entstanden bei Streiks bei Honda unabhängige Gewerkschaften, weil die Mitarbeiter die staatliche Gewerkschaft nicht anerkannten. Auch gab es freie Wahlen nach Protesten in der einen oder anderen Gemeinde. Die

«In den USA gibt es sogar Bereiche mit schlechteren Arbeitsbedingungen als in China.»

Bevölkerung ist bei der Wahl ihrer Proteste innovativ. Die Regierung will Konflikte verhindern bzw. sie isolieren. Dafür lässt sie neue Organisationen zu, versucht diese aber anschliessend wieder in den Machtapparat zu integrieren. Allerdings gibt es auch Regionen, wo die Regierung mit Gewalt reagiert.

Können Unternehmen dazu beitragen, dass sich die chinesische Regierung öffnet und weitere Verbesserungen im Arbeitsmarkt einführt?

Absolut. Nehmen wir die Sozialversicherungen. Hier liegt vieles im Argen. Alle Arbeiter haben Anspruch auf Versicherungsleistungen bei Mutterschaft, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter und Unfall. Nicht alle Provinzen setzen das um. Wanderarbeiter erhalten bei der Rückkehr oft keine Versicherungsbeiträge. Die Arbeitgeber verstossen aber gegen das Gesetz wenn sie die Beiträge zu Gunsten mehr Lohn nicht zahlen. Immer mehr Firmen machen deshalb Druck auf Lokalregierungen, damit diese Versicherungsleistungen garantieren. Firmen wie Foxconn haben die nötige Macht, da ihre rund 1,2 Mio. Wanderarbeiter vor allem aus zwei bis drei Provinzen stammen.

François Hollande, Frankreichs sozialistischer Präsidentschaftskan-

didat, will Strafzölle für Importe aus China einführen, um fehlende Umwelt- und Arbeitsnormen zu kompensieren. Was hätte das für einen Effekt für China und die Welt?

Das ist Wahlkampfrhetorik, die rechts auch vom republikanischen Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney versucht wird. Das zeigt wohl eher, dass diese Länder die Hausaufgaben nicht gemacht haben. In den USA gibt es sogar Bereiche mit schlechteren Arbeitsbedingungen als in China.

Allerdings kann Wahlkampfrhetorik in Protektionismus umschlagen. Das wäre für China und für die Welt gefährlich. Wir wissen, dass etwa unsere Berichte zu Foxconn zum politischen Spielball werden könnten. Auch China befindet sich in einem Wahljahr.



Aret van Heerden untersucht mit seiner Organisation die Arbeitsbedingungen von Millionen Arbeitern weltweit. Privat wohnt er in der Schweiz und genießt die Vielfältigkeit unseres Landes.

Mehr Protektionismus im Westen bedeutet mehr Nationalismus in China. Mehr Wohlstand, mehr Jobs und bessere Arbeitsbedingungen schafft das nicht. Nehmen wir die Debatte um Seltene Erdenmetalle, die für Katalysatoren oder iPhones gebraucht werden. Der Westen hat die Produktion aufgegeben. Nun befindet sich die Welt in der Abhängigkeit Chinas, das bei zunehmendem Nationalismus seine Macht ausspielen könnte. Mehr noch: Amerika hätte heute gar nicht mehr das nötige Personal, um die Apple-Produkte herzustellen.

Der Westen muss sich folglich bemühen, nicht ins Hintertreffen zu geraten?

Richtig. Gefahr lauert hier vor allem bei der Ausbildung. Die USA sind da ein schlechtes Beispiel. Daneben sind gute Infrastruktur und in Westeuropa ein liberaler Arbeitsmarkt zentral, damit hier tätige Firmen im globalen Wettbewerb bestehen können.

Sie stammen aus Südafrika, reisen vier von fünf Wochen durch die Welt, die FLA hat ihren Hauptsitz in Washington – leben tun sie aber in einem kleinen Dorf im Kanton Freiburg. Wieso?

Die FLA hat in Genf eine Zweigstelle. Die Neutralität der Schweiz, UNO-Organisationen in Genf, gute Universitäten, viele Hauptsitze heutiger und potenzieller Mitglieder, die zentrale Lage und die gute Infrastruktur: Da ist die Schweiz einmalig. Persönlich gefällt mir die Balance zwischen Internationalität und intakter Landschaft. Allerdings: Die Bürokratie verhindert, dass wir unsere Liegenschaft sanieren können. Wir haben hier einen wunderbaren Platz gefunden, doch könnte die Bürokratie mich und damit die FLA sprichwörtlich aus dem Land treiben.

FLA

Das Hauptquartier der FLA liegt in Washington DC, darüber hinaus hat die FLA Büros in Europa und in China. Neben den rund 50 Beschäftigten im Hauptquartier und in den Betrieben beschäftigt die FLA zahlreiche Inspektoren rund um die Welt.

Es geht voran mit der Abgeltungssteuer

Am 5. April wurde das Abkommen über eine Abgeltungssteuer zwischen der Schweiz und Deutschland unterzeichnet.

FDP. Die Liberalen fordert seit 2009 solche Abkommen, und unmittelbar vor seinem Rücktritt verhandelte alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz die Eckpunkte der nun abgeschlossenen Verträge mit Grossbritannien und Deutschland. Wenn die Verträge 2013 in Kraft treten sollten, ist das ein wichtiger Erfolg unserer Weissgeldstrategie.

Drei Schlachten um die Abgeltungssteuer

Erstens geht es für den Schweizer Finanzplatz um die Lösung seiner Altlasten bei unbesteuertem Geld, das oft seit Jahrzehnten in der Schweiz liegt. Dieses soll legalisiert und künftig versteuert in der Schweiz angelegt werden können, ohne dass der Steuerpflichtige seine Privatsphäre aufgeben muss. Der hier zu zahlende Steuersatz darf nicht höher sein als der im Heimatland geltende. Trotz schmerzvollen Nachverhandlungen bleiben im Vertrag mit Deutschland und Grossbritannien diese zentralen Pfeiler erhalten.

Zweitens wird auf dem Buckel des Abkommens in Deutschland Wahlkampf betrieben. Die linken Parteien lehnen das Abkommen aus «Gerechtigkeitsgründen» ab. In ihrer Kriegsrhetorik vergessen sie, dass ohne Abkommen Steuersünder per Amtshilfe

einzelnen gesucht werden müssen bzw. diese ihr Geld rasch nach Asien oder in Realwerte verlegen können. Verlieren wird so v. a. der deutsche Fiskus, aber mit Schulden hatten Linke ja nie Berührungspunkte.

Drittens tobt ein Kampf um die Zuständigkeiten zwischen EU und Mitgliedstaaten. Die EU-Kommission will aus ideologischen Gründen den automatischen Informationsausgleich, während viele Staaten zwar dessen Bürokratie ablehnen, aber in den Mühlen Brüssels gefangen sind. Für diese Länder stellt die Abgeltungssteuer eine Alternative dar, um statt an eine Flut oft unbrauchbarer Daten an Steuergelder zu kommen.

Pragmatismus versus Ideologie

In Deutschland und in Brüssel tobt über die Abgeltungssteuer ein Stellvertreterkrieg. Im Sommer wird sich in der Länderkammer in Deutschland zeigen, ob nach dem Wahlkampf in den Bundesländern bei den Linken wieder die Vernunft einzieht. Auch aus Brüssel ist weiter mit Problemen zu rechnen. Da braucht es einen kühlen Kopf. Für die FDP ist klar:

■ Die Abkommen stellen das Ende der Fahnenstange dar. Doch wir werden sie im Parlament wohlwollend

prüfen. Das Angebot für Deutschland ist sehr gut und fair. Unser Nachbarland tut gut daran, diese Chance zu nutzen und das Abkommen zu ratifizieren, statt den linken Wahlkämpfern hinterherzulaufen.

■ Der Bundesrat muss mit weiteren Staaten verhandeln. Dieser alten Forderung der FDP kommt das EFD mit den Verhandlungen mit Griechenland und Österreich endlich nach.

Der Finanzplatz bleibt unter Druck. Viel haben Banken selber verschuldet. Im Regen stehen lassen können wir den Finanzplatz trotzdem nicht: Es geht um über 100 000 Arbeitsplätze, um zirka 15 Prozent Steuereinnahmen und um einen für den Rest der Wirtschaft wichtigen Sektor. Deshalb engagiert sich die FDP seit 2009 mit der Weissgeldstrategie für einen starken und sauberen Finanzplatz. Die Abgeltungssteuer ist dabei zentral. Doch Bundesrat und Finma müssen sich vermehrt von der Verteidigungslinie lösen. Regulierungsflut reicht nicht. Nötig ist das Festlegen künftiger Wachstumsfelder des Finanzplatzes. Dort braucht es optimale Rahmenbedingungen. Diese Offensivstrategie müssen Politik und Wirtschaft dringend festlegen – aus Sorge zu einem starken und sauberen Finanzplatz Schweiz.



3 Fragen an alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz:

Herr alt Bundesrat Merz, Sie starteten einst die Verhandlungen, jetzt sind schon drei Abkommen unterschrieben. Eine Genugtuung nach der vielen Kritik an der Abgeltungssteuer?

Ja, ich empfinde Genugtuung. Ich war von Anfang an überzeugt, dass die Abgeltungssteuer das optimale Instrument ist, um den Schutz der Privatsphäre und die fiskalischen Ansprüche der Gemeinwesen unter einen Hut zu bringen. Wolfgang Schäuble war der erste Kollege, der diese Überzeugung teilt.

Wie schätzen Sie die Lage in Deutschland ein – Stichwort Opposition von Rot-Grün?

Die Opposition verrennt sich in unerfüllbare Maximalforderungen. Anders sieht es in Österreich aus, wo der Wirtschaftsminister am Tage der Unterzeichnung des Abkommens äusserte: «Besser ungefähr richtig als präzise gar nicht!»

Was sind Ihre Lehren aus den Verhandlungen der letzten 2 Jahre?

Verhandeln auf internationalem Parkett ist stets ein Geben und Nehmen und somit ein Spiel für gute, virtuose Diplomatie. Dabei darf man nie mit dem Kompromiss eintreten, sondern man muss diesen in der Hinterhand behalten.



Politik für das Wohlergehen der Schweiz

Sozialen Aufstieg ermöglichen

Wirtschaftspolitik steht im Dienst der Bevölkerung. Denn es geht darum, allen Menschen in diesem Land eine Perspektive zu geben. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, dass die Wirtschaft brummt. Der Schweiz geht es heute wirtschaftlich gut, weil wir unseren Werten treu geblieben sind. Diese Werte heissen Rechtschaffenheit, Arbeitsethos und Bescheidenheit. Aber auch, weil wir unseren eigenen Weg gegangen sind: souverän und gleichzeitig offen gegenüber unseren Nachbarstaaten und der ganzen Welt.

Geschätzte Parteifreunde

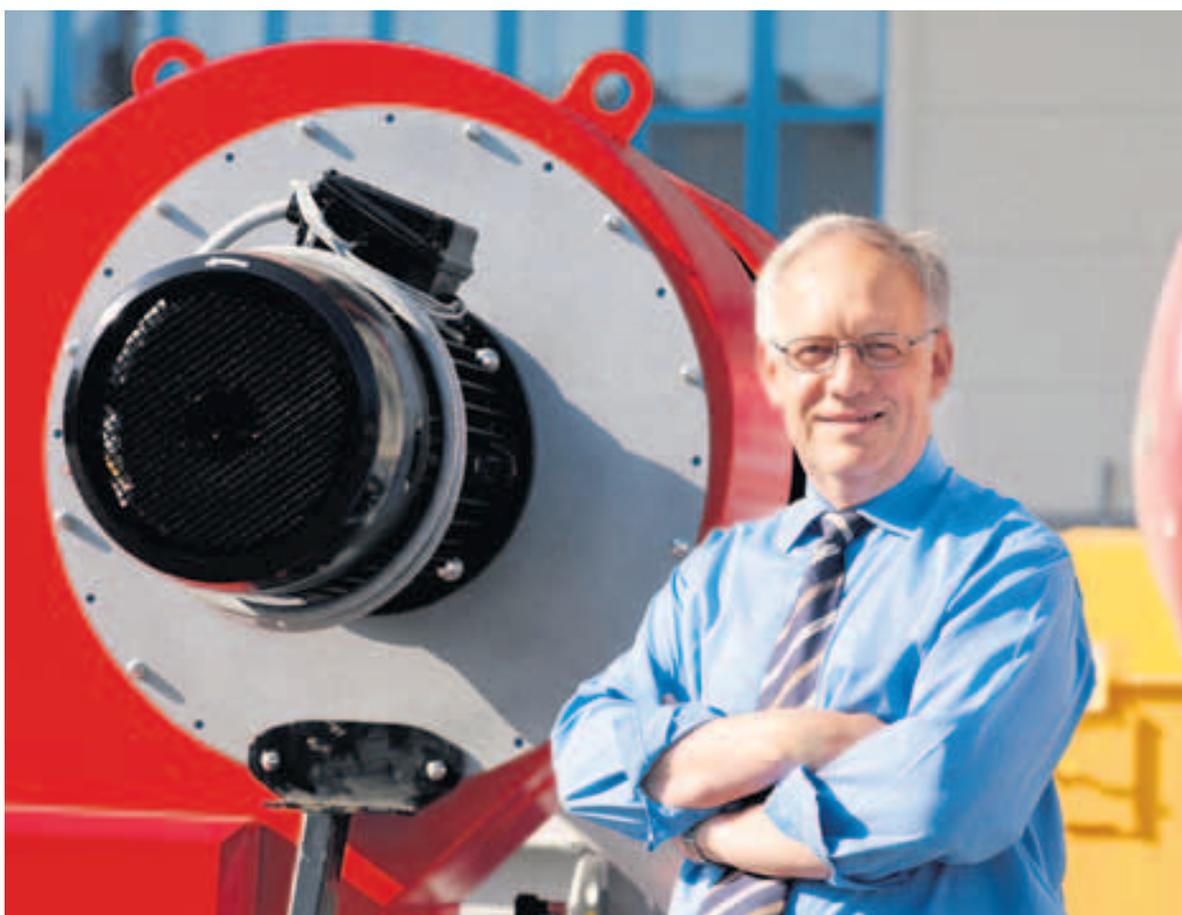
Wo steht die Schweiz heute? Wirtschaftlich sind wir zurzeit in Form. Gerade wenn wir uns mit anderen Ländern in Europa vergleichen. Dort droht eine grössere Krise im Zusammenhang mit dem Euro. Aber auch wir müssen aufpassen. Die Welt wandelt sich. Die Schwellenländer streben vorwärts. Die voranschreitende Globalisierung macht gewisse Anpassungsschritte notwendig. Das betrifft die Banken und die Pharma, ganz zu schweigen von der Industrie, welche durch den starken Franken enorm gefordert ist.

Die Schweiz ist ein Einwanderungsland. Dies ist ihr bisher gesamthaft gut bekommen. Zu schnell suchen wir Schweizer oft in den Ausländern die Sündenböcke. Dabei würde ohne die Ausländer unsere schweizerische Wirtschaft zusammenbrechen, das muss auch wieder einmal gesagt sein. Unser Wohlstand ist nicht gottgegeben. Wir müssen darum kämpfen, selbstbewusst und in geistiger Offenheit.

Manchmal scheint es, Gewitterwolken stünden über der Schweiz. Die USA und andere Länder nehmen unsere Banken in die Zange. Die Pharma wird in Schwellenländern wie Indien herausgefordert. Die EU will nicht mehr massgeschneiderte Verträge für die Schweiz zulassen. Wir haben darauf zu reagieren. Bedächtig, intelligent und vorausschauend. Wo alte Zöpfe keinen Sinn mehr ergeben, sind sie abzuschneiden. Wo aber unsere Souveränität aufrechterhalten bleibt, sollen wir sie neu flechten, also kreativ nutzen. Das ist unser Recht und unsere Pflicht.

Chancengesellschaft Schweiz

Eine Welt im Wandel bedeutet eine



Bundesrat Johann Schneider-Ammann will anpacken, damit das Kunstwerk Schweiz erhalten bleibt.

Schweiz im Wandel. Es geht darum, diesen Wandel positiv zu gestalten und auch zu erklären. Die Schweiz ist keine abgelegene Insel. Die Schweiz ist, wie alle Analysen bestätigen, eines der innovativsten Länder der Welt. Unser einziger Rohstoff ist die Bildung. Das Kreativitätspotenzial sind wir selbst. Es ist mein Bestreben, dafür zu sorgen, dass wir dieses nutzen. Das geschieht dadurch, dass wir die grosse Durchlässigkeit in unserem Bildungswesen bewahren. Wir wollen jeder und jedem

in der Schweiz den sozialen Aufstieg ermöglichen. Was in den USA je länger je schwieriger erscheint, wollen wir schaffen: eine Chancengesellschaft Schweiz für alle.

Ich stehe für die positive, offene Schweiz, welche nicht vergisst, dass jeder zweite Franken im Ausland verdient wird. Die Schweiz darf stolz sein auf ihre Leistungen. Gerade darum darf sie sich aber nicht abschotten, nicht protektionistisch werden. Auch in der Landwirtschaft nicht.

Die Schweiz ist bekannt für ihre saubere Luft. Lassen wir diese Luft durch die Schweiz wehen. Sie soll uns tragen und neue Horizonte eröffnen. Ich habe mein Bundesratsmandat angenommen, weil ich das Kunstwerk Schweiz erhalten möchte. Ich will mit-helfen, es weiterzubauen. Packen wir es an, optimistisch, vorausschauend, mit Tatkraft und weltoffen.

**Ihr Bundesrat
Johann Schneider-Ammann**

Initiative eingereicht – dank

Am 12. April konnte die FDP die Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» nach einem furiosen Schlusspurt mit 100 650 Unterschriften einreichen. Parteimitglieder aller Stufen haben bis zum Schluss dafür gekämpft, dass die nötigen Unterschriften rechtzeitig zusammengekommen sind.

Grosser Einsatz macht sich bezahlt!

Mit riesigem Einsatz haben Parteimitglieder aller Stufen, alle Orts- und Kantonalpartei sekretariate und das Generalsekretariat in den letzten Wochen nochmals intensiv gesammelt und damit die notwendigen 100 000 Unterschriften knapp erreicht. Zur rechtzeitigen Einreichung haben auch die Post und die Bundeskanzlei einen grossen Beitrag geleistet: Die Post hat gegen Bezahlung die B-Post vom 13. April bereits einen Tag früher aus-

geliefert, und die Bundeskanzlei hat sich, damit wir auch von dieser Dienstleistung profitieren konnten, bereit erklärt die Unterschriften erst um 21.00 Uhr entgegenzunehmen. Für dieses unbürokratische Entgegenkommen sei ihnen herzlichst gedankt!

Die Bundeskanzlei wird die Unterschriften nun in den nächsten Wochen prüfen. Das Polster ist zwar dünn, aber bei den letzten vier eingereichten Initiativen hätte ein Polster von 650 Un-

terschriften knapp gereicht. Der Aufwand für die Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» hat sich gelohnt. Wir haben gezeigt, dass wir innert kürzester Zeit Tausende Unterschriften sammeln können. Dies ist ein Schritt zurück zur Volkspartei und zurück zu den Bürgern auf die Strasse. Auch haben die tausenden im Generalsekretariat eintreffenden Unterschriften und die vielen positiven Feedbacks gezeigt, dass das Thema Bürokratie die Bürger interes-

siert und eine Verbesserung gewünscht wird. Denn: Immer mehr Paragraphen und Verbote schränken die Freiheit der Bürger ein und behindern Eigeninitiative und Unternehmertum. Vorschriften werden zur Scheinlösung für alle Probleme. Das verhindert Innovation und Fortschritt, kostet Wachstum und Arbeitsplätze. Dagegen kämpft die FDP nicht nur mit der Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» sondern in Parlamenten auf allen Stufen.



Es ist geschafft! Mitglieder des Initiativkomitees und Mitarbeitende des Generalsekretariats freuen sich über die Einreichung von 100 650 Unterschriften.

fulminantem Schlusspurt!

Erfolgreich sammeln lohnt sich

Ende 2011 lancierte die *FDP.Die Liberalen* einen Wettbewerb unter den Kantonal- und Ortsparteien. Den erfolgreichsten Sammlern stand dabei ein Grillfest mit bundesrätlicher Beteiligung in Aussicht. Zahlreiche Ortsparteien organisierten daraufhin noch Aktionen, um Unterschriften zu sammeln. Es war beeindruckend zu sehen, wie engagiert und vielseitig unsere Ortsparteien auf die Strasse und zu der Bevölkerung gingen, um für unsere Initiative zu weibel. Der Aufwand hat sich gelohnt. Nicht nur, dass die benötigte Anzahl Unterschriften innert Frist zusammenkam, auch in den ersten kommunalen und kantonalen Wahlen erreichte die *FDP.Die Liberalen* wieder positive Ergebnisse und ist seit dem 14. Mai 2012 wieder die stärkste Partei in den kantonalen Parlamenten. Dies zeigt, dass unsere Präsenz auf den Strassen und unser Einsatz für Freiheit und weniger Bürokratie für die Bevölkerung wahrgenommen wurden.

Über einen Auftritt einer unserer Bundesräte an einem Grillfest diesen Sommer dürfen sich die Ortsparteien des Kreis 4 und 5 in Zürich sowie die Kantonalpartei Tessin freuen. Wir gratulieren den Gewinnern herzlich und danken ihnen für ihren grossen, unermüdlichen Einsatz.

Ein berechtigtes Anliegen

Der Blick in verschiedene Kantone zeigt, wie sehr das Anliegen der Verringerung der Bürokratie der Schweizer Bevölkerung am Herzen liegt. So wurden in diesem Jahr in den Kantonen Graubünden und Solothurn Vorlagen zum Bürokratie-Stopp mit jeweils über 90 Prozent der Stimmen angenommen.

Die Bevölkerung hat somit nachweislich genug von immer mehr Paragraphen und Verboten, die die Freiheit der Bürger einschränken und Eigeninitiative und Unternehmertum behin-



Die Kantonsboxen mit den Unterschriften werden aufgestapelt.



Generalsekretär Stefan Brupbacher überreicht die Unterschriften.

dern. Vorschriften werden zur Scheinlösung für alle Probleme. Das verhindert Innovation und Fortschritt, kostet Wachstum und Arbeitsplätze: Die Regulierungskosten in der Schweiz be-

laufen sich für Unternehmen mittlerweile jährlich auf 50 Mrd. Franken. Vor allem den KMU, dem Rückgrat unserer Wirtschaft, schadet die Regulierungswut. Aber auch die Bevölke-

rung spürt die übermässige Bürokratie in unserem Land. Die FDP wird sich auch nach der Einreichung der Initiative weiterhin für einen schlanken, bürgernahen Staat einsetzen.



Pierre Weiss, Fulvio Pelli und Otto Ineichen stehen der Presse bei der Einreichung Rede und Antwort.

Verabschiedung und Neuwahl

Ein Abschied und ein Neubeginn

An der DV vom 21. April 2012 ging für die *FDP.Die Liberalen* eine Ära zu Ende. Nach 7 Jahren als Parteipräsident wurde Fulvio Pelli von den Anwesenden mit mehreren Standing Ovationen herzlich und emotional verabschiedet. Bundesrat Didier Burkhalter und Fraktionspräsidentin Gabi Huber verdankten die unermüdliche und grosse Arbeit von Fulvio Pelli. Auch die Kantonalparteipräsidentinnen und

-präsidenten, der Präsident der FDP Tessin und die Jungfreisinnigen des Tessins zollten dem scheidenden Präsidenten ihren Respekt. In seinen Abschiedsworten zog der Tessiner Nationalrat Bilanz und bedankte sich für die Unterstützung, welche er in seiner Tätigkeit erfahren hat: «Am meisten danke ich allen Mitgliedern der FDP, die sich für unsere Partei und unser Land engagieren – aus Liebe zur Schweiz.»

Dem neuen Parteipräsidenten steht ein schlagkräftiges Team aus fünf Vizepräsidentinnen und -präsidenten zur Seite. Das Team setzt sich zusammen aus dem eloquenten Genfer Anwalt Christian Lüscher (als Vertreter der Liberalen), der Waadtländer Anwältin Isabelle Moret, dem Schwyzer Unternehmer Vincenzo Pedrazzini, der Stadtpräsidentin von Locarno, Carla Speziali, und dem Berner Inge-

nieur Christian Wasserfallen. Das neue Führungsgremium repräsentiert mit seiner ausgewogenen Vertretung aller Regionen, Geschlechter und Alterssegmenten optimal das ganze Wählersegment der *FDP.Die Liberalen*. Ihrer neuen Aufgabe sehen die Vizepräsidentinnen und -präsidenten motiviert und engagiert entgegen, und sie sind sich der grossen Verantwortung dieses Postens sehr bewusst.



Die Kantonalparteipräsidenten danken Fulvio Pelli für seine Arbeit während den letzten sieben Jahren.



Ein besonderes Präsent der Jungfreisinnigen Tessin.



Die Kandidierenden für das Vizepräsidium stellten sich den Fragen der Delegiertenversammlung: v.l. Vincenzo Pedrazzini, Christian Wasserfallen, Carla Speziali, Carmen Walker Späh, Isabelle Moret und Christian Lüscher.



Freuen sich auf etwas mehr gemeinsame Freizeit: Claudia und Fulvio Pelli.

Neuer Präsident Philipp Müller

Bringen wir das Juwel FDP wieder zum Strahlen!

Nationalrat Philipp Müller wurde an der Delegiertenversammlung mit überwältigender Mehrheit zum neuen Präsidenten der *FDP.Die Liberalen* gewählt. In einer motivierenden Wahlrede verriet er seine Ziele für die FDP der Zukunft.

«Ich stehe heute vor Ihnen, weil ich daran glaube, dass wir gemeinsam viel bewegen können für die Schweiz.» Für Philipp Müller ist die FDP zu bedeutend, um auf sie verzichten zu können. Als Partei mit den meisten Kantonalparlamentariern und den meisten Regierungsräten, mit Tausenden von Milizpolitikerinnen und -politikern halten wir die Schweiz am Laufen. Viele von ihnen arbeiten für einen Gotteslohn. Philipp Müller ist überzeugt: «Wir sollten uns wieder einmal ins Bewusstsein rufen, dass wir allen Grund haben, stolz auf unsere Partei zu sein.»

Mit einem Lächeln auf den Lippen

Philipp Müller reizt nicht nur die grosse Herausforderung, welche das Amt des Präsidenten der *FDP.Die Liberalen* mit sich bringt. Ihm macht Politik grossen Spass und die FDP Freude, und so will er auch unsere Partei führen. «Arbeiten mit einem Lächeln auf den Lippen. Ja – wir FDPler können das! Ich habe Lust, mit Ihnen zusammen die FDP und unser Land vorwärtszubringen.» Über die Wahlergebnisse im letzten Oktober hat sich der neue Präsident sehr geärgert. Die FDP ist unter ihrem Wert geschlagen worden. «Fulvio Pelli und sein Team haben in den letzten Jahren eine grosse Aufbauarbeit geleistet. Unser Profil ist klar geworden, wir sind eigenständig, wir sind geschlossen.» Die Früchte der Aufbauarbeit konnten diesen Frühling in den kantonalen Wahlen geerntet werden. In Uri und Schwyz wurden Sitze gewonnen. Im Thurgau und in St.Gallen konnte der Wähleranteil trotz starker Konkurrenz leicht ausgebaut werden. Die jungen Mitteparteien gewinnen nicht mehr auf Kosten der FDP. In der Waadt, in Neuenburg, Genf und Ausserrhoden ist die FDP die grösste Partei.



Philipp Müller, Parteipräsident der *FDP.Die Liberalen Schweiz*.

Wir sind keine Schönwetterliberalen

«Liebe Freunde: Wir erleben eine Trendwende! Ich spüre, dass ein Ruck durch die Partei gegangen ist und das Selbstvertrauen wieder wächst. Man darf wieder stolz sein, bei der FDP

mitzumachen.» Dazu hat die FDP auch allen Grund: Gemäss einer Studie des Gewerbeverbandes ist die FDP die KMU-freundlichste Bundesfraktion. «Wir, die Partei der Freiheit, sind keine Schönwetterliberalen, sondern die liberalste Partei im Parlament. Und wir

sind mit Abstand die wirksamste, einflussreichste Fraktion in Bundesbern.»

Doch Philipp Müller will sich auf diesen guten Ergebnissen nicht zurücklehnen. «Arbeit gibt es genug, und zwar ab sofort. Packen wir sie gemeinsam an!» Für seine Amtszeit setzt der neue Präsident vier Ziele:

■ **Interne Mobilisierung!** «Zeigen wir unsere Freude an dieser Aufgabe. Ich will jedem FDPler, der sich engagieren möchte, das Signal geben: Du bist willkommen, wir brauchen dich! Gemeinsam mit allen Kolleginnen und Kollegen der Parteileitung werde ich durch die Schweiz ziehen, bis das liberale Feuer wieder hell leuchtet!»

■ **So ist die FDP wirklich!** «Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern zeigen, wer wir sind: Eine Partei, die sich für sie einsetzt. Die ehrlich für Arbeitsplätze kämpft, für sichere Renten – und für die Freiheit. Wir haben uns vom Finanzplatz emanzipiert, der Tatbeweis dazu war die geschlossene Unterstützung der Vorlage <Too big to fail>. Und würde die FDP einen Gipser zu ihrem Präsidenten wählen, wenn sie abgehoben und hochnäsiger wäre? Kaum! Um die Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, wollen und müssen wir wieder näher zu ihnen und mehr auf die Strasse.»

■ **Attraktiver für Frauen!** «Wir wollen, dass uns wieder mehr Frauen wählen: Das werden wir erreichen. Eine Arbeitsgruppe ist bereits mit der Umsetzung beschäftigt. Vorgesehen ist, schon bei der nächsten Delegiertenversammlung im Juni die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu thematisieren.»

■ **Attraktiver für Junge:** «Lassen wir uns von den Jungfreisinnigen inspirieren, sie sollen ihre Ideen und Begeisterung einbringen.»

Die Initiative der AUNS

Eine Mogelpackung



Gemäss dem Willen der AUNS hat das Volk am 17. Juni die Möglichkeit, sich «für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)» auszusprechen. Die Chancen für eine Annahme der Initiative stehen gut, denn wer kann schon etwas gegen mehr direkte Demokratie haben. Wie bei den meisten Lockvogelangeboten, die aus dieser Ecke stammen, lohnt es sich aber auch hier, das Kleingedruckte genau zu lesen.

**François Baur, Vorstandsmitglied
FDP.Die Liberalen International**

Schon heute müssen laut Bundesverfassung alle Staatsverträge zwingend dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden, die den Beitritt der Schweiz zu einer supranationalen Gemeinschaft wie der EU vorsehen, oder zu einer Organisation für kollektive Sicherheit, wie die Nato. Ausserdem unterstehen schon heute alle Staatsverträge dem fakultativen Referendum, die unbefristet und unkündbar sind, die den Beitritt zu einer internationalen Organisation vorsehen oder wichtige rechtssetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert.



François Baur, Vorstandsmitglied FDP.Die Liberalen International

Das Volk soll über Staatsverträge abstimmen – wenn es das will

Die AUNS-Initiative will das obligatorische Referendum auf alle so genannten wichtigen Staatsverträge ausweiten. Dabei ist völlig unklar, welche Staatsverträge von wem als «wichtig»

definiert werden sollen. Für die AUNS spielt es auch keine Rolle, ob ein Staatsvertrag umstritten ist oder nicht. Bei 257 Staatsverträgen, die seit 1921 dem fakultativen Referendum unterstanden, wurde gerade einmal gegen 10 das Referendum ergriffen, und in zwei Fällen wurde der Staatsvertrag

abgelehnt. Ein Bedarf, über jeden möglichen Staatsvertrag abzustimmen, bestand beim Volk offensichtlich nicht. Offensichtlich will die AUNS sich mit Hilfe dieser Initiative die Arbeit sparen, ein Referendum gegen ihr unliebsame Staatsverträge zu ergreifen, auch deshalb, weil sie sich selbst kaum Chancen ausrechnet, dabei Erfolg zu haben.

Die AUNS-Initiative führt zur Banalisierung der direkten Demokratie

Welche Belastung die AUNS-Initiative für die direkte Demokratie bedeuten würde, lässt sich anschaulich anhand der Doppelbesteuerungsabkommen demonstrieren, welche nach dem Willen der Initianten zwingend an der Urne bestätigt werden müssten. In den letzten drei Jahren wurden zehn solche Abkommen neu in Kraft gesetzt, mehr als 20 sind in Vorbereitung. Allein die in der Frühjahrssession 2012 behandelten Verträge würden zehn zusätzliche Abstimmungen verursachen. Der Bundesrat rechnet dagegen bei einer Annahme der Initiative mit drei zusätzlichen Vorlagen pro Jahr. Bei durchschnittlich 8,3 Vorlagen pro Jahr würde dies aber einer Steigerung von 30 Prozent entsprechen. Das heisst: Die AUNS-Vorlage führt zu zusätzlichen Abstimmungen über technische Vorlagen, die unbestritten sind und an denen niemand interessiert ist. Das Resultat ist eine Banalisierung der direkten Demokratie.

Auch das Ziel der AUNS, das finanzielle Engagement der Schweiz bei internationalen Organisationen und Hilfsprojekten zu erschweren, stösst ins Leere. Die Schweiz hat noch nie einen Staatsvertrag abgeschlossen, der die finanziellen Kriterien der Initiative

erfüllt. Die AUNS führt als Beispiele die Kohäsionsmilliarde für Osteuropa oder Kredite für den Internationalen Währungsfonds (IWF) ins Feld. Beides sind jedoch keine Staatsverträge. Sie wären somit auch nicht von der Initiative betroffen.

Weitere Hintergrundinformationen zur Initiative finden sich unter: www.auns-initiative-nein.ch

Parolen der FDP.Die Liberalen

› Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Managed Care):

JA-Parole

› Volksinitiative: «Eigene vier Wände dank Bausparen»:

JA-Parole

› Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk!»:

NEIN-Parole

Anzeige

Eintauchen ins pure Wohlgefühl.
Designstarke Pools für Garten und Haus: individuell, qualitativ erstklassig, technisch perfekt.
Mit Marlin als ideenreichem Lösungspartner und qualifiziertem Schwimmbadplaner.

Schwimmbad- und Wassertechnik Marlin AG
Sumpfstrasse 15 · CH-6312 Steinhausen
Telefon 041 741 44 45 · Telefax 041 741 41 27
www.marlin.ch · service@marlin.ch

MARLIN®
Privatschwimmbad

Robalt.



Managed Care

Sicherer – besser – günstiger

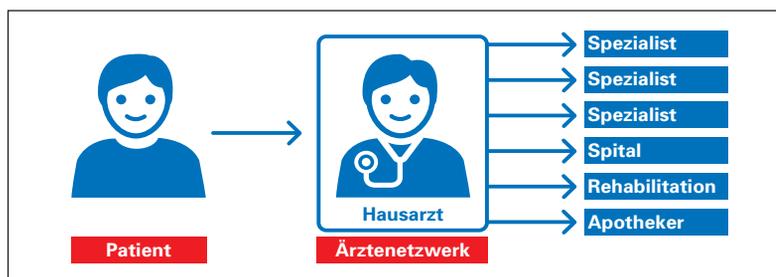
Am 17. Juni 2012 stimmen wir über die Managed Care ab. Bundesrat, Parlament sowie eine breite Allianz von Gesundheitspolitikern aller Parteien, Hausärzten, Apothekern, Konsumenten- und Patientenvertretern sowie Wirtschaftsorganisationen unterstützen das Reformprojekt in der Gesundheitspolitik. Managed Care führt zu einer qualitativ hochstehenden und bedarfsgerechten medizinischen Grundversorgung zu tragbaren Kosten.

Dr. med. Ignazio Cassis,
Nationalrat, TI

Mit der KVG-Revision (Managed Care) sollen unübersehbare Mängel der medizinischen Versorgung behoben werden, allen voran die ungenügende Koordination in der Patientenbetreuung, die angesichts der medizinischen Entwicklungen und Möglichkeiten eine grossen Herausforderung ist. Hauptziel der Revision ist die Förderung der Integrierten Versorgung: Ein Arzt, in der Regel der Hausarzt, koordiniert die Betreuung des Patienten aus einer Hand und sorgt dafür, dass sich die betreuenden Fachpersonen untereinander abstimmen.

Der Patient im Mittelpunkt

Managed Care stellt das Wohl des Patienten in den Vordergrund. Durch die verbindliche Zusammenarbeit der Leistungserbringer (Hausarzt, Spezialist, Spital, Physiotherapie, Spitex usw.) steigt die Qualität der Versor-



Integrierte Versorgung ist Team-Medizin. Der Hausarzt koordiniert alle notwendigen Behandlungsschritte.

gung. Zudem erhöht sich die Sicherheit der Behandlung für die Patienten, weil gefährliche Komplikationen und Missverständnisse vermieden werden. Managed Care garantiert den Zugang zur bestmöglichen Behandlung sowie zum medizinischen Fortschritt. Die Integrierte Versorgung führt erwiesenermassen zu besserer Betreuung, namentlich bei chronisch Kranken. Zudem werden durch die vernetzte medizinische Versorgung unnötige Behandlungen verhindert, was das Prämienwachstum dämpft.

Erfolgsmodell

Managed Care gibt es in der Schweiz seit 20 Jahren, bewährt und erfolgreich. Rund 1,3 Millionen aller Versicherten sind heute schon in einem der zirka 100 Netze der Schweiz versichert, ebenso haben sich mehr als die Hälfte aller Hausärzte dem System angeschlossen. Im Prinzip will die Revision eine Anpassung des Gesetzes an die Realität: Um Managed Care zu fördern, sinkt der maximale Selbstbehalt von 700 auf 500 Franken pro Jahr. Wer bei der gänzlich freien Arztwahl bleiben möchte, zahlt künftig einen leicht höheren Selbstbehalt von 15 Prozent (max. 300 Franken pro Jahr mehr).

Libérale Reform

Die Vorlage «Managed Care» ist ein zentrales Projekt des ehemaligen Innenministers und aktuellen Aussenministers Didier Burkhalter. Auch die FDP-Liberale Fraktion hat sich einstimmig hinter die Vorlage gestellt. Im aktuellen Umfeld ist die Managed-Care-Vorlage der einzig richtige Weg. Die Vorlage führt zu einer qualitativ hochstehenden und bedarfsgerechten medizinischen Grundversorgung zu tragbaren Kosten. Scheitert die Vorlage, wird der Forderung nach einer Einheitskrankenkasse Tür und Tor geöffnet. Damit drohen Verstaatlichung und

Was ist Managed Care?

Managed Care (und Integrierte Versorgung) ist:

- › für den Versicherten, wenn ich mich für einen Versicherungsmodell entscheide, bei dem ich immer dieselbe Erstanlaufstelle habe. Meist ist das mein Hausarzt, dem ich vertraue und der mich kennt.
- › für den Patienten, wenn mich mein Hausarzt über alle Behandlungsschritte hinweg begleitet und meine Behandlung koordiniert (Spezialist, Spital, Physiotherapie, Spitex usw.). Dadurch profitiere ich von einer besseren und sichereren medizinischen Versorgung und werde – weil Doppelspurigkeiten wegfallen – dafür mit einem tieferen Selbstbehalt belohnt.
- › für den Arzt, wenn er mit Kollegen und anderen Fachpersonen in einem Netz zusammengeschlossen ist und die Betreuung seiner Patienten mit allen Beteiligten abstimmt.

Zahlen: Die Hälfte der Grundversorger und über 400 Spezialärzte sind heute den Ärztenetzen angeschlossen. Sie betreuen rund 1,3 Millionen Versicherte.

www.bessere-behandlung.ch

Prämien, Franchisen und Kostenbeteiligungen im Vergleich

Jahresbeiträge	Heutiges System	Integriertes Modell	Bisheriges Modell (freie Arztwahl)
Durchschnittsprämie (2012)	Fr. 4584.–	Max. Fr. 4584.–	Fr. 4584.–
Min. Franchise	Fr. 300.–	Fr. 300.–	Fr. 300.–
Selbstbehalt	10 %	10 %	15 %
Max. Selbstbehalt	Fr. 700.–	Fr. 500.–	Fr. 1000.–
Max. Belastung bei sehr hohen Krankheitskosten	Fr. 5584.–	Max. Fr. 5384.–	Fr. 5884.–
Max. Veränderung der Belastung	--	Entlastung von Fr. 200.–	Mehrbelastung von Fr. 300.–

Quelle: economiesuisse, 2012

Planwirtschaft in der am stärksten wachsenden Branche. Als Folge würde das Gesundheitswesen noch teurer und immer mehr über Steuern und progressiv gestaltete Gesundheitsabgaben finanziert. Vor diesem Hintergrund ist die Managed-Care-Vorlage auch ein Richtungsentscheid für oder gegen mehr Planwirtschaft in der Medizin.

HEV-Initiative

Eigene vier Wände dank Bausparen



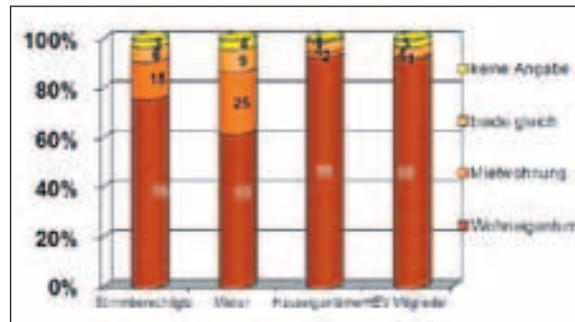
Eine grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer träumt von eigenen vier Wänden. Das zeigen entsprechende Umfragen. Kein Wunder, denn Wohneigentümer sind nachweislich zufriedener. Doch der Traum scheitert für viele am benötigten Eigenkapital. Bausparen bietet die einmalige Chance, dass sich viele Menschen den Traum vom Eigenheim erfüllen können. *FDP.Die Liberalen* befürwortet die Initiative. Die Förderung von Bausparen ermöglicht vielen gerade jüngeren Familien den Traum von eigenen vier Wänden, schafft Arbeitsplätze und entspricht einem Anliegen der Bevölkerung.



Bausparen erfüllt den Traum von eigenen vier Wänden vieler und schafft Arbeitsplätze.

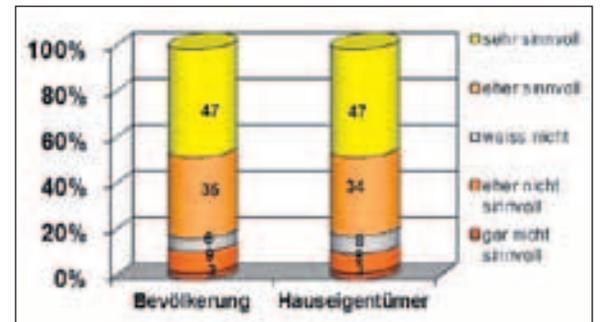
Worum geht es?

Das Jahr 2012 ist das Jahr des Bausparens. Gleich zwei Initiativen, welche die Einführung des Bausparens in der Schweiz fordern, kommen vors Volk. Am 11. März durften die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bereits über die Initiative der Schweizerischen Gesellschaft zur Förderung des Bausparens (SGFB) befinden. Diese Variante wurde an der Urne abgelehnt – vor allem deshalb, weil die Bausparabzüge mit 15 000 Franken pro Person zu hoch



«Würden Sie lieber in Ihren eigenen vier Wänden oder in einer Mietwohnung leben?»

QUELLE: UMFRAGE GFS.BERN, NEUGESTALTUNG EIGENMIETWERT, 2005



Einstellung zum Bausparen.

QUELLE: UMFRAGE GFS.BERN, WUNSCH NACH MODERATEN LÖSUNGEN, 2005

Unterschied zur Initiative vom 11. März 2012

Die Initiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» unterscheidet sich in drei wichtigen Punkten von der Bauspar-Initiative vom 11. März 2012.

1. Die Initiative verlangt für alle Kantone eine verbindliche Einführung der Regelung.
2. Die Initiative erlaubt einen jährlichen Maximal-Sparbetrag von 10 000 Franken bzw. 20 000 Franken für Paare (statt 15 000 und 30 000 für Paare).
3. Die Initiative sieht kein Bausparen für Umweltschutz- und Energiesparmassnahmen vor.

bemessen gewesen seien. Am 17. Juni kommt die Initiative des Hauseigentümergebietes Schweiz (HEV) «Eigene vier Wände dank Bausparen» zur Abstimmung. Diese Vorlage korrigiert den wesentlichen Kritikpunkt der ersten Bauspar-Initiative und erlaubt das Bausparen nur noch in der Höhe von jährlich max. 10 000 Franken pro Person. Das Grundanliegen hingegen bleibt dasselbe: Die tiefe Wohneigentumsquote der Schweiz anzuheben und damit einer breiteren Bevölkerungsschicht Wohneigentum zu ermöglichen.

Wohneigentumsförderung fehlt

Obwohl seit 1972 die Förderung des Wohneigentums in der Verfassung festgehalten ist, ist die Umsetzung dieses Auftrags ausgeblieben. Hier setzt die Initiative des HEV an und möchten

mit der Einführung des Bausparens diesem Verfassungsauftrag gerecht werden. Während zehn Jahren sollen die Bauspargelder und die aufgelaufenen Zinsen von der Einkommens- und Vermögenssteuer befreit werden. Der Bundesrat lehnt die Initiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» trotzdem ab und begründet dies damit, dass bereits die Möglichkeit für Vorbezüge bei den Säulen 2 und 3a bestünden. Solche Vorbezüge reduzieren jedoch die Vorsorgeleistung wesentlich. Die Förderung des Wohneigentums und die Altersvorsorge dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, da sie zwei selbstständige Verfassungsaufträge sind. Zudem wird zurzeit vom Bund vorgeschlagen, die Vorbezugsmöglichkeiten aus der Pensionskasse zur Förderung des Wohneigentums einzuschränken.

Fakten zur HEV-Initiative «Eigene vier Wände dank Bausparen»

- Einführung des Bausparens ist für die Kantone obligatorisch
- Für den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum
- Befreiung der Bausparrücklage von der Einkommens- und Vermögenssteuer
- Abzug max. 10 000 Fr. pro Jahr (Ehepaare: 20 000 Fr.)
- Maximale Abzugsdauer: 10 Jahre
- Aufschiebung der Besteuerung, sofern selbstgenutztes Wohneigentum erworben wird

Generalversammlung der *FDP.Die Liberalen Frauen* vom 17. März 2012

Mit liberalem Schwung und gestärkt ins 2012

An der Generalversammlung der *FDP.Die Liberalen Frauen* blickte die Präsidentin Carmen Walker Späh auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Die FDP Frauen zeigten mit ihrer «nicht-mehr-oben-ohne»-Kampagne, dass politische Forderungen durchaus humorvoll und pointiert kommuniziert werden können. Mit diesem Schwung werden die Forderungen nach gemischten Teams in der Chefetage und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch im Jahr 2012 vorangebracht.

Nationalrätin Christa Markwalder präsentierte im zweiten Teil die «Liberales Resolution», die die Grundwerte unseres politischen Engagements bildet. Unsere Vision einer liberalen Schweiz, in der Frauen und Männer frei entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten, in der das Unternehmertum gefördert wird und Ungerechtigkeiten beseitigt werden, verfolgen wir gradlinig und konsequent.

Die FDP Frauen konnten im Wahljahr 2011 mit ihrer frechen und mutigen Kampagne schweizweit der Forderung nach mehr Frauen in den Führungsgremien Gehör verschaffen. Dazu Präsidentin Carmen Walker Späh: «Die FDP Frauen haben bewiesen, dass wir uns nicht vor Kritik scheuen und mutig für unsere Anliegen



Christa Markwalder, GL-Mitglied und Nationalrätin.

kämpfen. Gemischte Teams in allen Führungsebenen, eine gute Bildung und der Kampf gegen Kriminalität sind offenbar Themen, die die Schweizer Bevölkerung bewegen. Ein Beweis ist der Mitgliederzuwachs bei uns FDP Frauen.»

Die FDP Frauen zeigen den Schweizerinnen und Schweizern, dass mit liberaler Politik eine sichere und erfolgreiche Schweiz für die gesamte Bevölkerung geschaffen wird. Als Stimme des Mittelstandes setzen wir uns für Chancengerechtigkeit in allen Belangen ein. Jede und jeder soll die Mög-



Carmen Walker Späh und Philipp Müller.

lichkeit haben, sein Leben frei und sicher zu gestalten – als Kind in der Schule, als Jugendlicher in der Lehre und als Erwachsener in einer zunehmend vielfältigen Gesellschaft. Die FDP als das liberale Original setzt sich dafür ein, dass Freiheit und Verantwortung keine Lippenbekenntnisse sind, sondern gelebt werden, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Philipp Müller – unser neuer Parteipräsident

Nationalrat Philipp Müller präsentiert an der Generalversammlung seine

Kandidatur für das FDP-Präsidium und stellte sich den Fragen der Delegierten der FDP Frauen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Müller ein wichtiges Thema, denn die Wirtschaft kann es nicht weiter erlauben, das Potenzial der ausgebildeten Frauen nicht zu nutzen. Es ist erwiesen, dass gemischte Teams erfolgreicher sind, und hier sind nun Politik und Wirtschaft gefordert, diese Vereinbarkeit endlich möglich zu machen. Das gilt für die FDP Frauen auch für die Zusammensetzung der neuen Parteileitung.



Carmen Walker Späh, Präsidentin, und Claudine Esseiva, Generalsekretärin.



Isabelle Moret, Nationalrätin, Barbara Angelsberger und Judith Vogel.



Behandlung verbessern – Kosten dämpfen

JA

am 17. Juni 2012
zu Managed Care
zum Hausarzt

www.bessere-behandlung.ch